

Jenseits der Fleischtröge

Basis, Programm, Personal – welcher Kurs bleibt der Union in der Opposition? | Von Eckhard Jesse

Bei der Bundestagswahl 2017 hatte die Union im Vergleich zur vorherigen Bundestagswahl 8,6 Punkte verloren (etwas mehr als 20 Prozent), bei der jüngsten Bundestagswahl 2021 8,9 Punkte (deutlich mehr als 25 Prozent). Fürwahr ein Desaster! Allerdings: Die SPD braucht nicht zu frohlocken. Ihr Anteil blieb ungeachtet ihres Sieges im Vergleich zu 2013 mit 25,7 Prozent exakt gleich.

Bei einer rein formalen Addition kommen die nicht-linken Parteien (Union, FDP, AfD) auf mehr Stimmen als die linken (SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke) mit 45,9 zu 45,4 Prozent und damit auf eine knappe absolute Mehrheit der Mandate. Das wäre gleichwohl eine Milchmädchenrechnung. Denn bei der Verkündung einer derartigen Konstellation vor der Wahl hätten die drei nicht-linken Parteien deutlich schlechter abgeschnitten. Ein solcher Weg bleibt der Union aus arithmetischen wie aus politischen Gründen verbaut. Wer davon faselt, ist politikunfähig.

Der nicht nur subkutane Wandel der Union zu einer Partei, die kaum mehr frühere Positionen aus dem konservativen Lager vertritt, hatte das Koordinatensystem verschoben, auf der einen Seite durch Angela Merkels Strategie der „asymmetrischen Demobilisierung“ die SPD geschwächt und auf der anderen Seite eine Repräsentationslücke entstehen lassen, die von der AfD gefüllt wurde. Merkels Konsenspolitik galt als „alternativlos“. Durch eine spezifische Konstellation – Olaf Scholz trat überzeugender auf als Armin Laschet und Annalena Baerbock – gelangte die geschlossen agierende SPD an die erste Stelle, zumal die Linke einbrach.

Nun ist guter Rat teuer. Es wäre verantwortungslos, die Fraktionsgemeinschaft zwischen der CDU und der CSU aufzukündigen. Wer für ein bundesweites Antreten von CDU und CSU plädiert, erweist der Parteiendemokratie einen Bärendienst. Die mögliche Folge: eine ungeahnte Dynamik, weit über diese beiden Parteien hinaus. Die



Kandidat für den Generationswechsel im Parteivorsitz? Carsten Linnemann, Vorsitzender der Mittelstandsvereinigung der Union

Reibungsverluste zwischen den Schwesterparteien nähmen zu. Der interfraktionelle Streit muss künftig größer sein, der innerfraktionelle hingegen kleiner. Ganz abwegig: Friedhelm Ost, der frühere Regierungssprecher Helmut Kohls, hat jüngst sogar eine generelle Trennung der CDU von der CSU und eine Kandidatur der CDU im Freistaat befürwortet. Sie dürfe nicht mehr Spielball einer Regionalpartei sein.

Was hingegen nottut: Die Union braucht wieder erkennbare Flügel: einen christlichen, einen konservativen, einen liberalen, einen sozialen. Die Absage an die „Sozialdemokratisierung“ der CDU bedeutet jedoch kein Plädoyer für einen pauschalen Rechtsschwenk, um die Mehrheitsfähigkeit in einer individualisierten Gesellschaft zu erhalten, sondern eine Revitalisierung ih-

res Markenkerns. Die Union muss ihre konservativen Positionen ausbauen – nicht: nur konservative, aber: auch konservative: in der Familien-, der Gender-, der Identitäts-, der Energie-, der Sicherheits-, der Finanz- und, vor allem, der Migrationspolitik. So hat die SPD mehr Luft zum Atmen.

Die inhaltliche Debatte lässt sich nicht von der personellen trennen. Wer wird Parteivorsitzender? Der Verfasser will sich nicht um eine Antwort herumdrücken. In Frage kommt der prinzipienfeste und promovierte 44-jährige Volkswirt Carsten Linnemann, dessen Nähe zur FDP bekannt ist. Das integrierte Bundesvorstandsmitglied, zugleich Vorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsunion, gewann seinen Paderborner Wahlkreis 2009, 2013, 2017 sowie, mit dem bundesweit drittbes-

ten Resultat, 2021, und zwar mit einem im Schnitt um 11,1 Punkte besseren Erststimmenergebnis. Ob er freilich, anders als Jens Spahn, über genügend Machtwillen verfügt, zumal die Union in der Defensive agiert? Ist ihre Krise sein Kairos?

Der Einschnitt dieser Wahl betrifft wohl nicht das politische System insgesamt, sondern „bloß“ die CDU/CSU. Sie geht schweren Zeiten entgegen. Zum einen ist sie – extrem misslich – in einer heterogenen parlamentarischen Opposition mit der AfD und der Partei Die Linke gefangen, mithin ohne Chance auf Kooperation. Das Wort von der „Regierung im Wartestand“ trifft daher nicht zu. Zum anderen, und das mag für die Union, die weithin die Geschehnisse der Bundesrepublik Deutschland bestimmt hat, deutlich schlimmer sein: Da es der SPD und den Grünen gelingen dürfte, die Liberalen auf ihre Seite zu ziehen, muss die Partei mit einer längeren Trennung von den „Fleischtrögen“ der Macht im Bund rechnen. Besser steht die CSU da. Sie kann im Landtagswahlkampf 2023 einen kommunikativ gut vermittelbaren Kurs gegen die drei Parteien der Bundesregierung führen.

Die Parallele zu heute ist nicht 1998, als die Union mit der ihr verbündeten FDP in die Opposition geraten war, sondern 1969. Damals vermochte die SPD die Liberalen für ein Reformbündnis zu gewinnen. Es dauerte 13 Jahre, ehe die Union wieder den Regierungschef stellen konnte. Doch anders als 1969, und das mag bloß ein schwacher Trost für die Union sein, präjudiziert

die Regierungsbildung im Bund nicht die in den Ländern. Der Grund: Die politischen Lager bestehen nur abgeschwächt fort, und die Interessen der Parteien in den Ländern decken sich nicht durchweg mit denen ihrer Bundesparteien.

Das deutsche Parteiensystem hat mittlerweile europäische Normalität angenommen: mit einer rechtspopulistischen Kraft, einer eher schwachen postkommunistischen, mit ihren Stimmenanteilen stark nach oben weisenden Grünen und schwächeren Liberalen sowie zwei geschrumpften (Volks-)Parteien rechts und links der Mitte. Aber gibt es europaweit generell einen Niedergang der Christdemokraten? Bitte Vorsicht! Gewiss, in Italien zerfiel die einst mächtige Democrazia Cristiana bereits in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre, in den Niederlanden erzielte die dortige christlich-demokratische Kraft bei der jüngsten Parlamentswahl im März 2021 ein einstelliges Ergebnis (übrigens wie die sozialdemokratische). Der Sturz von Sebastian Kurz wegen des Verdachts auf Korruption passt nicht recht ins Bild, blieb doch die dortige Regierungsfähigkeit der ÖVP erhalten.

Verallgemeinerungen verbieten sich daher. Das gilt ebenso für die These des großen Liberalen Ralf Dahrendorf vom Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts. Das Ergebnis in Tschechien, jetzt im Oktober, ist weithin hausgemacht: Während die christdemokratische Partei ihren Anteil mehr als verdoppeln konnte, scheiterte nicht nur die kommunistische, sondern erstmals auch die sozialdemokratische Partei an der Fünfprozenthürde. Die christlich-demokratische Parteienfamilie gehört in Europa ebenso ins Gefüge wie die sozialdemokratische, die liberale und die grüne. Rechtspopulistische wie postkommunistische Kräfte können zuweilen allenfalls Hecht im Karpfenteich der Etablierten sein und das System aufmischen, ohne dass ihnen aber generell Politikfähigkeit zukommt.



Prof. Dr. Eckhard Jesse lehrte Politikwissenschaft an der TU Chemnitz. Der frühere Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft (2007-2009) ist Herausgeber des Jahrbuches Extremismus & Demokratie, das 2021 zum 33. Mal erscheint.

Lehrstück Meuthen

Oder: Der Marsch der Rechten durch die Institutionen | Von Albrecht von Lucke

Ich sei, gewährt mir die Bitte, in Eurem Bunde der Dritte! Tatsächlich konnte man sich beim politischen Abgang von Jörg Meuthen an den großen Friedrich Schiller erinnern fühlen. Denn nach Parteigründer Bernd Lucke 2015 und Frauke Petry 2017 scheidet mit Meuthen nun schon der dritte AfD-Vorsitzende an seiner eigenen Partei – und macht damit endgültig den Weg frei für die erklärtermaßen Rechtsradikalen um und hinter Björn Höcke. Wie hatte noch dessen Parteifreund und Gesinnungsgenosse, der bisherige Bundestagsabgeordnete Jens Maier, stolz verkündet: „Wer in diesen Zeiten nicht als Rechtsextremist diffamiert wird, der macht irgendetwas verkehrt“.

Diesem stolzen Verein kehrt Meuthen nun den Rücken, indem er auf eine weitere Kandidatur für den Parteivorsitz verzichtet. Auch wenn er in seiner Abschiedsmail erklärt: „Ich werde selbstverständlich meine politische Arbeit fortsetzen“, bedeutet das nichts anderes, als dass er jenseits seiner lukrativen, aber wenig einflussreichen Tätigkeit als AfD-Abgeordneter im Straßburger EU-Parlament keinerlei Machtopion mehr sieht.

Im Unterschied zu Schillers Bürgerschaft handelt es sich im Falle der drei Ex-AfD-Vorsitzenden allerdings nicht um ein Bündnis der Lichtgestalten, sondern der gescheiterten Opportunisten. Denn alle drei machten viel zu lange Kompromisse mit den Rechtsradikalen, bevor sie erkennen mussten, dass sie mit ihrer „bürgerlichen Anmutung“ bloß die nützlichen Idioten für die immer rechter werdende Partei abgeben hatten. Am Ende galt stets die gleiche Devise: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen.“

Die Bereitschaft, mit den Rechtsradikalen zu paktieren, war im Falle Meuthens allerdings weit stärker ausgeprägt als bei seinen Vorgängern. Während der ersten fünf seiner insgesamt sechs Jahre als Parteivorsitzender suchte Meuthen ganz gezielt den Schulterschluss mit Höcke und Co. Zu diesem Zweck nahm er am Kyffhäuser-Treffen des rechten Flügels teil und referierte in Schnellroda am „Institut für Staatspolitik“ des Höcke-Vertrauten und Carl-Schmitt-Verehrers Götz Kubitschek.

Meuthen war es auch, der mit seinen heute schon legendären Angriffen auf die

angeblich „rot-grün-versifft“ Republik die Parteitage zum Kochen brachte und der stolz im Kreise der Le Pens, Salvini und Wilders für eine neue rechte Internationale in Europa demonstrierte.

Kurzum: Meuthen war der Schulterschluss mit den Rechten so lange ausgesprochen recht, solange dieser seine Macht in der Partei absicherte. Zu diesem Zweck servierte er nach Bernd Lucke auch gerne noch dessen Nachfolgerin, seine Co-Vorsitzende und vormalige Förderin Frauke Petry ab.

Als Parteivorsitzender war Meuthen das ideale Feigenblatt für die immer radikaler werdende Partei. Der rhetorisch begabte Professor der Ökonomie verkörperte



Albrecht von Lucke ist Jurist und Politikwissenschaftler. Er arbeitet als Publizist und Redakteur der Blätter für deutsche und internationale Politik in Berlin.

perfekt die angebliche Bürgerlichkeit der Partei, derweil die meisten Bürgerlichen längst Reißaus genommen hatten. Doch auf Meuthen war Verlass: Immer wenn ihm öffentlich, etwa in einer Talkshow, zugetragen wurde, welche Schanddaten seiner radikalen Parteifreunde wieder begangen hatte, erwiderte er mit denkbar arglosem Augenaufschlag, davon noch nie etwas gehört zu haben.

Auf Abstand zur Parteirechten in seiner Rechtspartei ging Meuthen erst, als das Bundesamt für Verfassungsschutz nach dem Abgang von Hans-Georg Maaßen die AfD wegen akuten Extremismusverdachts genauer unter die Lupe nahm. Ab diesem Zeitpunkt wurde es für den honorigen Professor und viele seiner „bürgerlichen“ Mitstreiter dann doch zu brenzlich. Erst jetzt betrieb Meuthen den Rauswurf von Andreas Kalbitz, was zum Bruch mit Alexander Gauland führte und zur Trennung von den Radikalen. Doch dafür war es zu spät: Der Flügel war inzwischen längst der ganze Vogel. Als Meuthen vor einem Jahr auf dem AfD-Parteitag in Kalkar mit den Rechten abrechnete, war dies nur noch ein Kampf für die Galerie – zur Rettung der

eigenen, längst verlorenen bürgerlichen Reputation.

Im Ergebnis kann man Meuthen in zweifacher Hinsicht dankbar sein: Erstens hat er durch seinen Abgang endgültig geklärt, wie radikal die AfD inzwischen ist. Mit Meuthen geht jetzt der Letzte, der den Gründungsmythos der „Professorenpartei“ am Leben erhielt. Zweitens aber, und wichtiger noch, hat er durch sein Agieren gezeigt, wohin Opportunismus im Umgang mit Rechtsradikalen am Ende führt. Meuthens Schicksal in der AfD sollte allen ein Lehrstück und eine Warnung sein, die noch einmal geneigt sein könnten, sich mit Rechtsradikalen einzulassen. Dabei lehrt schon die Erfahrung der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, dass am Ende immer die Extremisten obsiegen. Auch wenn die AfD nun durch die Bundestagswahl etwas geschrumpft ist, ihre Radikalisierung wird sich fortsetzen – im Bundestag, aber auch außerhalb. Der bekennende Extremist und Ex-Parlamentarier Jens Maier will jedenfalls unbedingt wieder zurück in seinen Richterjob. Er geht also weiter, der Marsch der Rechten in und durch die Institutionen.

AUS DEM BANNASKREIS

Reflexionen und Perspektiven



GÜNTER BANNAS

ist Kolumnist des Hauptstadtbrieft. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Scholzomatismen

Das politische Mantra dieser Tage heißt: „2017 darf sich nicht wiederholen.“ Damals war manifest, dass die Gespräche an der FDP und ihrem Vorsitzenden Christian Lindner scheiterten, kurz vor Abschluss, trotz aller Kompromisse. Die Erklärung „Es ist besser, nicht zu regieren, als falsch zu regieren“ hatte Lindner in Druckform aufgeschrieben, sodass ihn Angela Merkel, als der FDP-Chef sie in interner Runde vortrug, mit der Frage konfrontierte, ob er hier eine vorbereitete Presseerklärung vorlese. Die Zurückgebliebenen berichteten in jener Novembernacht, Lindner sei mit der Absicht, sie scheitern zu lassen, in die Gespräche gegangen. Die CSU jedenfalls trage keine Schuld. Armin Laschet, damals neuer Ministerpräsident in NRW, versicherte gesprächsweise, sein FDP-Freund hätte ihm bloß sagen müssen, was ihn beschwere – es wäre berücksichtigt worden. Lindner drücke sich vor der Verantwortung, war der politisch-mediale Konsens.

Im Sinne interessengeleiteter Geschichtsklitterung soll Lindner jetzt exkulpiert und die FDP somit als Partner gewonnen werden. Geschichte wird gemacht, indem sie umgeschrieben wird. Die Ursachensuche beginnt mit Äußerlichkeiten, so, als ob das Jamaika-Bündnis damals am leutseligen Sich-Zeigen der Verhandlungsführer von Union, FDP und Grünen auf einem Balkon oder an Sondierungspapieren, die zielgerichtet veröffentlicht wurden, gescheitert wäre. Vorneweg Olaf Scholz: „Die Koalitionsverhandlungen erweckten den Eindruck, als gehe es ausschließlich um Union und Grüne. Die FDP sollte dann quasi nur noch unterschreiben, und so geht das natürlich nicht.“ Scholz war damals nicht dabei. Heute ist er Akteur. Weil er der nächste Bundeskanzler sein will, übernahm er Lindners Sicht der Dinge von 2017 – und prägte das neue Wording. Die Parole „Kein böses Wort mehr über die FDP“ hat er ausgegeben. Die Jamaika-Verhandlungen seien damals gescheitert, weil Gesprächsfetzen „durchgestochen“ wurden, woraus er und die grün-gelben Ampel-Freunde 2021 einen bemerkenswerten Schluss zogen: Die Vertraulichkeit der Unterredungen wurde zum Nachweis politischer Verlässlichkeit der Partner stilisiert. Früher war – besonders bei den Grünen – die Transparenz politischer Prozesse oberstes Gebot. Heute gilt im politisch-medialen Komplex der Konsens, ohne Geheimhaltung gebe es keine Kompromisse. Olaf Scholz setzte schon als Jungsozialist auf das Motto „Schweigen ist Gold“.